

## Nine to Five

### Aus der Welt der Arbeit



#### Atypische Beschäftigung wird normal

Rund jede\_r fünfte Beschäftigte in Deutschland arbeitete im vergangenen Jahr nicht in einem traditionellen Arbeitsverhältnis. Der Anteil der sogenannten atypischen Beschäftigung, worunter befristete oder Teilzeitjobs, geringfügig Beschäftigte und Leiharbeit verstanden wird, ist innerhalb von 20 Jahren von 15 auf 20,7 Prozent gestiegen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraction hervor. Allerdings: Der Anteil der atypischen Beschäftigung ist der Bundesregierung zufolge zuletzt wieder etwas gesunken. Er stieg seit 1996 kontinuierlich auf 22,6 Prozent im Jahr 2007, nahm dann wieder ab, erreichte 2010 erneut diesen Höchstwert und sank danach wieder. Insgesamt ist die gestiegene Zahl abhängig Beschäftigter somit vor allem auf die Zunahme von atypischer Beschäftigung zurückzuführen. Denn die Zahl der sogenannten Normalarbeitnehmer\_innen mit mindestens 20 Wochenstunden und unbefristetem Vertrag nahm binnen 20 Jahren nur von 24,8 auf 25,6 Millionen zu – die der atypisch Beschäftigten stieg deutlich stärker, von rund 5 auf 7,7 Millionen 2016. Bei der Leiharbeit gab es dabei einen Anstieg auf 737.000 und bei geringfügiger Beschäftigung auf 2,2 Millionen Beschäftigte. → *neues deutschland*

#### Vom Kapitalismus zum Talentismus

Ein neoliberales Credo lautet: Wer wettbewerbsfähig sein will, der muss den Kündigungsschutz einschränken, die Gehälter reduzieren, kurz, die Rechte von Arbeiter\_innen beschneiden. Ganz falsch, sagt jetzt einer, von dem man es nicht erwartet hätte. Klaus Schwab, Gründer des Weltwirtschaftsforums (WEF), ließ Ende September eine Studie veröffentlichen, deren wichtigstes Ergebnis lautet: Der Schutz von Arbeitnehmerrechten ist wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Wörtlich heißt es in der Untersuchung: »Die Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich sogar, wenn die nötige Flexibilität mit einem angemessenen Schutz der Arbeitnehmerrechte kombiniert wird.« In ihrem jährlichen Bericht untersuchen die Forscher\_innen die entscheidenden Faktoren, die zu Produktivität und Wohlstand eines Landes und damit zu seiner Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Dabei betonen sie die positive Rolle von sicheren Arbeitsplätzen im Kampf um innovative Ideen. Klaus Schwab: »Globale Wettbewerbsfähigkeit hängt immer stärker von der Innovationskraft eines Landes ab.« Seine überraschende Begründung: »Gut ausgebildete, kreative Arbeitskräfte werden zunehmend wichtiger als Kapital, denn die Welt vollzieht gerade den Übergang vom Kapitalismus zum Talentismus.« → *Zeit Online*

#### Streiks in Obi-Märkten

In der zweiten Oktoberwoche streikten Mitarbeiter\_innen von mehreren Obi-Baumärkten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In sieben Filialen seien Beschäftigte aufgerufen gewesen, die Arbeit von der Früh- bis zur Spätschicht niederzulegen, teilte die Gewerkschaft ver.di mit. Betroffen sind demnach unter anderem Märkte in Dresden, Leipzig, Halle und Erfurt. Nachdem ver.di und die Arbeitgeber Mitte September eine Einigung für tarifgebundene Unternehmen des Einzel- und Versandhandels erzielt hatten, will die Gewerkschaft die vereinbarte Lohnerhöhung nun auch für Obi-Mitarbeiter\_innen durchsetzen. Denn Obi gibt die Tarifierhöhung von 2,3 Prozent nicht an die Beschäftigten weiter, so ver.di-Streikleiter Jörg Lauenroth-Mago. → *Thüringer Allgemeine*

#### Beschäftigte fühlen sich verlassen

Verlassen wie ausgesetzte Haustiere: So fühlen sich 1.000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes in Belgien. In Lüttich versammelten sich in der zweiten Oktoberwoche Postbedienstete vor einem Tierheim, um der Regierung des liberalen Premierministers Charles Michel ihre Forderungen zu verdeutlichen. »Dies ist eine symbolische Aktion, aber sobald die Privatisierung beschlossen wird, werden wir eine lange Blockade beginnen«, sagte ein Gewerkschaftsvertreter. Auch viele Lehrer\_innen und Beschäftigte von Verkehrsbetrieben waren nicht zum Dienst erschienen, um für ihre Pensionen und den Erhalt des Öffentlichen Dienstes insgesamt einzutreten. → *dpa*

#### Keine News in Griechenland

Zum zweiten Mal binnen weniger Tage gab es Anfang Oktober wegen eines Journalistenstreiks in Griechenland keine Nachrichten in Radio und Fernsehen. Auch die staatliche Nachrichtenagentur ANA-MPA wurde bestreikt. Bereits am 26. September hatten die griechischen Journalist\_innen für 24 Stunden gestreikt. Die Redakteur\_innen fordern Maßnahmen zur Rettung ihrer defizitären Krankenkasse. Zudem protestieren sie gegen die hohe Erwerbslosigkeit, die weit verbreitete Teilzeitarbeit sowie eine verspätete Zahlung der Löhne und Honorare. Das teilte ihr größter Verband (ESIEA) mit. Wegen der seit 2009 andauernden schweren Finanzkrise, verschärft durch den aufgezwungenen Austeritätskurs, mussten mehrere Zeitungen schließen. Andere wurden verkauft und arbeiten mit weniger Personal. → *ORF*

# Der gemeinsame Kampf in einer geteilten Welt

## Diskussion **Warum »Neue Klassenpolitik« internationalistisch sein muss**

Von Gabriel Kuhn

Wer sich aus linker Perspektive mit Klassenpolitik – neu oder nicht – auseinandersetzen will, kommt um eine internationalistische Ausrichtung nicht herum. Der Internationalismus ist ein wesentliches historisches Merkmal linker Klassenpolitik, das diese seit jeher von nationalistischen, völkischen und rassistischen Ansätzen trennt. Wo immer dieser Aspekt verloren geht, öffnet vermeintlich linke Rhetorik der Rechten Tür und Tor – ob am Vorabend des Ersten Weltkriegs oder heute.

Warum dies im Kontext einer neuen Klassenpolitik überhaupt betont werden muss, hat wesentlich damit zu tun, dass man sich mit dem Internationalismus in der deutschen Linken seit einem Vierteljahrhundert schwer tut. Zu einflussreich waren Auffassungen, die ihn mit einem

Auf diese Tatsachen hinzuweisen, ist alles andere als weltbewegend. Es ist ein Gemeinplatz, dass die globale Ökonomie auf Ungerechtigkeit basiert und diese reproduziert. Doch gibt es erstaunlicherweise selbst in der Linken immer wieder Versuche, noch die eklatantesten der damit verbundenen Widersprüche zu rationalisieren. So wird darauf verwiesen, dass unterschiedliche Löhne im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext zu betrachten seien. Zwar verdiene eine Arbeiterin in Bangladesch nur einen Bruchteil dessen, was eine Arbeiterin in Deutschland verdient, aber das Kilo Reis würde in Bangladesch auch nur einen Bruchteil dessen kosten, was es in Deutschland kostet.

#### Eklatante Unterschiede zwischen Nord und Süd

Darauf gibt es mehrere Antworten: Erstens hängt Lebensqualität nicht nur von Zugang zu Reis ab. Zweitens hängt Lebensqualität nicht nur von Kaufkraft ab, sondern auch von Rechtsschutz, Mitbestimmung, Mobilität usw. Und drittens

Ähnlich aufschlussreich sind Statistiken zu der angeblich so stark wachsenden neuen Mittelklasse des globalen Südens. Die Statistiken der Weltbank gehen davon aus, dass man zur Mittelklasse des globalen Südens zählt, wenn man pro Tag zwischen zwei und 13 US-Dollar verdient. Das bedeutet: Im absoluten Vergleich lebt die gesamte Mittelklasse des globalen Südens unter der Armutsgrenze der nördlichen Länder. In ökonomisch aufstrebenden Ländern wie China oder Brasilien macht diese Klasse rund ein Viertel der Bevölkerung aus. Wenn wir die gleichen ökonomischen Maßstäbe wie für den globalen Norden ansetzen, das heißt, ein Einkommen von zumindest 35.000 US-Dollar pro Jahr, lässt sich die Mittelklasse in diesen Ländern in Prozent gar nicht mehr angeben, nur noch in Promille.

Von diesen Realitäten ist auszugehen, wollen wir versuchen, uns einer globalen Klassenpolitik anzunähern. Das ist – selbstredend – nicht einfach. Zum Konsens, dass die globale ökonomische Ordnung ungerecht ist, gesellt sich bedauerlicherweise die Auffassung, dass dagegen nichts unternommen werden könne. Fast hat es den Anschein, als hätten Hitze und Armut im globalen Süden in etwa dieselbe Qualität: beides beschwerlich, aber quasi Naturgesetz. Nun gilt das im Kontext einer imperialistischen Klimapolitik nicht einmal für die Hitze, und für die Armut gilt es schon gar nicht. Natürlich ist diese das Werk von Menschenhand.

#### Mehr Aufmerksamkeit für globale Ungleichheit

Es lässt sich berechtigterweise einwerfen, dass der Frage globaler ökonomischer Ungerechtigkeit in den vergangenen Jahren auch in der deutschen Linken wieder vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Mit »Externalisierungsgesellschaft« von Stephan Lessenich (ak 622) oder »Imperiale Lebensweise« von Ulrich Brand und Markus Wissen (ak 626) sind breit rezipierte Bücher zum Thema erschienen. Doch stoßen diese schnell an ihre Grenzen, wenn es um eine erfolgversprechende politische Praxis geht. Selten gehen die Vorschläge über mehr Bewusstsein, ein geändertes Konsumverhalten und abstrakte Solidaritätsappelle hinaus. Es gilt jedoch weiterhin, dass sich die Ungerechtigkeit des globalen Kapitalismus nur durch eine radikale Systemänderung überwinden lässt. Analysen älterer (Samir Amin, Immanuel Wallerstein) oder jüngerer (Zak Cope, Torkil Lauesen) antiimperialistischer Theoretiker\_innen setzen dies richtig voraus. Im deutschsprachigen Raum widmen sich Autor\_innen wie Ingar Solty oder Frank Deppe der notwendigen Auseinandersetzung mit der globalen politischen Ökonomie.

Wo aber beginnt die erfolgversprechende politische Praxis? Der gewerkschaftliche Weg scheint versperrt. Zu sehr werden die internationalen Gewerkschaftsverbände von den Interessen des globalen Nordens dominiert. Bündnisse wie UNI Global Union und IndustriALL versuchen, sich dem zu widersetzen, stehen jedoch vor ungemeinen organisatorischen Herausforderungen. Auch der Syndikalismus, für den zunehmende Prekarisierung und Arbeitsmigration eigentlich gute Voraussetzungen schaffen



Was heißt es, Working Class Hero zu sein, wenn man zur globalen »Arbeiteraristokratie« gehört? Fragen, bei denen selbst Superheroes der Kopf raucht.

quasi-reaktionären Antiimperialismus gleichsetzen, der infolge romantischer Projektion Nationalismus oder gar Antisemitismus gutheißt. Auf diese Debatte soll hier jedoch nicht weiter eingegangen werden. Stattdessen wollen wir die zwei Gründe umreißen, die die anhaltende Notwendigkeit einer internationalistischen Perspektive auf Klassenpolitik besonders deutlich machen:

1. Aufgrund grundlegender Veränderungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Ära des Neoliberalismus befinden sich mittlerweile 70 Prozent des weltweiten Industrieproletariats im globalen Süden. Bei einem erweiterten Klassenbegriff, der informelle Arbeit (Hausarbeit, Straßenhandel, Subsistenzwirtschaft usw.) mit einschließt, ist die Prozentzahl bedeutend höher.

2. Die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse des globalen Südens unterscheiden sich grundlegend von denen des globalen Nordens. Dies findet Ausdruck in Löhnen und Arbeitsrechten ebenso wie in gewerkschaftlicher Organisation und Sozialpartnerschaften.

bleiben die Unterschiede in jedem Fall drastisch, auch wenn wir Lebensqualität nur auf Kaufkraft reduzieren. So mag eine Arbeiterin in Bangladesch für ihren Reis weniger bezahlen als eine Kollegin in Deutschland, jedoch mindestens gleich viel für Luxusgüter, komfortables Wohnen, Flugreisen oder die Ausbildung ihrer Kinder.

Folgende Ziffern illustrieren die Differenzen deutlich: Der Weltbank zufolge schickten die 210.000 in Großbritannien lebenden Bangladescher\_innen, die zum größten Teil der britischen Arbeiterklasse angehören, im Jahr 2013 pro Kopf durchschnittlich rund 4.000 US-Dollar an Angehörige in Bangladesch. Im selben Jahr lag der jährliche Durchschnittslohn eines Arbeiters in Bangladesch bei 1.380 US-Dollar. Das heißt, dass Bangladescher\_innen, die in einem der Länder der Welt mit den höchsten Lebenskosten in dort oft am schlechtesten bezahlten Jobs arbeiten, immer noch dreimal so viel Geld sparen konnten, wie ihre Angehörigen in Bangladesch überhaupt verdienten.



»Mehr als 70 Prozent des globalen Industrieproletariats leben in den Ländern des Südens.« Junge indische Arbeiter auf der 65-Stunden-Zugfahrt von Jagiroad (Bundesstaat Assam) nach Aluva (Kerala).

sollten, erweist sich nicht in der Lage, seinem historischen Versprechen nachzukommen und die »Unorganisierbaren zu organisieren«.

### Die Zukunft der »Arbeiteraristokratie«

Von besonderer Bedeutung sind zweifelsohne die Arbeiterkämpfe im globalen Süden. In China, Bangladesch oder Kambodscha fanden in den vergangenen Jahren zahlreiche militante Streiks und Proteste statt, auch wenn sie nicht immer mit entsprechender medialer Aufmerksamkeit gewürdigt wurden. Es bringt allerdings nichts, revolutionäre Hoffnungen in diese neuen Arbeiterbewegungen zu projizieren wie einst in nationale Befreiungsbewegungen. Nicht nur legt es Menschen eine schwere Bürde auf, die oft schlicht um ihre Würde und nicht um die Verifizierung des historischen Materialismus kämpfen, sondern es kann auch von der Frage ablenken, was bei uns zu tun ist. Gleichzeitig bedrohen diese Kämpfe die globale kapitalistische Ordnung und verdienen weit mehr Unterstützung durch die Linke der Metropole, als sie gegenwärtig erfahren.

Sollte es beispielsweise zu signifikanten Lohnerhöhungen oder vermehrten Lohnnebenkosten in den Produktionsländern des globalen Südens kommen, wären die Wertschöpfungsketten des Neoliberalismus in Gefahr. Die Auswirkungen würden, etwa in der Form von Versorgungsengpässen und Preiserhöhungen, weit in den globalen Norden reichen. Auch ausgedehnte Streikwellen, Arbeitsniederlegungen und Sabotage hätten, zumindest temporär, Effekte. Zudem bleiben Arbeiterbewegungen selten auf Arbeitsplatzkämpfe reduziert. Die proletarischen Massen des globalen Südens fordern zunehmend Lebensbedingungen ein, die denen des globalen Nordens entsprechen. Doch der globale Süden hat keine Peripherie, um solche mithilfe kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung zu realisieren. Die Frage globaler Verteilungsgerechtigkeit wird damit unausweichlich – und sie ist eine Frage, die der Kapitalismus nicht beantworten kann.

Eine internationalistische Perspektive in der Metropole darf sich freilich nicht nur auf Solidaritätsprojekte stützen, auch wenn diese konkret und militant sind. Einige der gegenwärtigen antiimperialistischen Theoretiker\_innen halten an der These der sogenannten Arbeiteraristokratie fest, die es sich im globalen Norden bequem gemacht hat. (So etwa Zak Cope in ak 618 und Torkil Lauesen in ak 612) Der Begriff der Arbeiteraristokratie lehnt sich an Marx und Engels' Analyse des Verhältnisses des britischen Proletariats zu der kolonisierten Arbeiterklasse Irlands an und wurde in Lenins Schrift »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« weiter aus-

gezeichnet und die USA »wettbewerbsfähig« machen würde. Diese Haltung spricht jedoch in erster Linie für eine korrumpierte Vertretung der Arbeiterklasse und sagt wenig über das Potenzial solidarischer Klassenpolitik im globalen Norden aus. Gerade in Zeiten zunehmender Prekarisierung sind dort immer weniger Arbeiter\_innen Teil einer relativ wohlhabenden und ökonomisch abgesicherten Gesellschaftsschicht. Sie haben in zunehmendem Maße durchaus ein objektives Interesse an einer Änderung des Systems.

Die Grenzen zwischen Nord und Süd verschwimmen besonders im Zuge der zunehmenden Arbeitsmigration. Migrantische Arbeitskräfte erhalten im globalen Norden höhere Löhne als im globalen Süden, aber geringere als »einheimische« Arbeiter\_innen. Was ihren rechtlichen Status anbelangt, geht es ihnen oft wenig besser als in ihren Ursprungsländern, und was ihren politischen und gesellschaftlichen betrifft, meist schlechter. Hier ist eine enorme Grauzone entstanden, die strenge Trennungen zwischen privilegiert und unterprivilegiert verunmöglicht. Nicht zuletzt deshalb hat das Thema Migration heute eine so bedeutende politische Dimension, auch wenn diese allzu oft hinter moralischen und ideologischen Debatten verschwindet.

Die universale Inspiration, die von Arbeiterkämpfen ausgeht, ist nicht zu unterschätzen. Arbeiterkämpfe inspirieren andere Arbeiter\_innen, egal wo sie stattfinden. Sich gegen die Bosse zu erheben, gemeinsam zu agieren und für die Rechte der Klasse einzustehen, ermutigt, ungeachtet von Positionierungen in der globalen ökonomischen Ordnung. Auf dieser Ebene des Widerstands können Arbeiter\_innen über nationale Grenzen hinaus zueinanderfinden. Sie schafft die Basis für solidarische Beziehungen, die es erlauben, die Widersprüche innerhalb der Klasse anzusprechen und gemeinsame Strategien zu deren Überwindung zu entwickeln. Dass den Arbeiter\_innen des globalen Südens dabei eine führende Rolle zukommt, heißt nicht, dass Arbeiter\_innen des globalen Nordens nicht an dem Prozess teilhaben können (und müssen). Für Letztere mag das den Verzicht auf bestimmte Privilegien bedeuten, vor allem materieller. In einer gerechten Welt wird es nicht möglich sein, Kleider oder Elektrogeräte für einen Preis zu erwerben, der in keinem Verhältnis zu der für die Produktion erforderlichen Arbeitskraft und natürlichen Ressourcen steht. Doch es gibt soziale Sicherheit und Gleichheit zu gewinnen. Das macht das Leben besser für alle. ●

Gabriel Kuhn übersetzt gerade das Buch »The Global Perspective« von Torkil Lauesen vom Dänischen ins Englische.



gearbeitet. Er verweist darauf, dass die Arbeiterklassen imperialistischer Länder vom Imperialismus profitieren, weswegen sie kein objektives Interesse an revolutionären Veränderungen hätten. Das praktische Resultat sei, dass ihnen in den entscheidenden antikapitalistischen Kämpfen keine zentrale Rolle zukomme.

Nun gibt es immer wieder Ereignisse, die diese These zu bestätigen scheinen. Als beispielsweise im Spätsommer 2016 indigene Gesellschaften in den USA (in antiimperialistischer Rhetorik gerne als »interne Kolonien« bezeichnet) gegen den Bau der Dakota Access Pipeline protestierten, wandte sich der größte US-amerikanische Gewerkschaftsverbund AFL-CIO in einer Stellungnahme gegen die Proteste, da die Pipeline »Arbeitsplät-

## Serie zu »Neuer Klassenpolitik«

ak-Autor\_innen diskutieren über Klassenpolitik auf der Höhe der Zeit. Sebastian Friedrich skizziert in ak 627 die Grundzüge für eine »Neue Klassenpolitik« in Kenntnis sexistischer, rassistischer und nationalistischer Klassenfragmentierungen. In der gleichen Ausgabe wirft Keeanga-Yamahtta Taylor einen Blick auf rassistische Klassenspaltungen in den USA. Stefanie Hürtgen warnt in ak 628 davor, bereits vorhandene Gerechtigkeitsvorstellungen von Lohnabhängigen in der Debatte zu ignorieren. In ak 629 stellt Gabriel Kuhn die Organisationsversuche weißer Arbeiter\_innen in den USA vor und Silvia Federici kritisiert im Gespräch mit Hannah Schultes die Trennung zwischen Klassenpolitik und Identitätspolitik. Frigga Haug appelliert in ak 630, den Arbeitsbegriff nicht nur auf Lohnarbeit zu verengen. Auf [sebastian-friedrich.de/neue-klassenpolitik](http://sebastian-friedrich.de/neue-klassenpolitik) gibt es einen Überblick über die Debatte in ak und in anderen Publikationen.



## Antifa Nachrichten

### Europäische Aktion aufgelöst

Die extrem rechte Europäische Aktion (EA) hat sich aufgelöst. Das verkündete der EA-Gebietsleiter Thüringen, Axel Schlimper, in einem Video mit dem Thüringer NPD-Chef Thorsten Heise im Juni 2017. Inzwischen hat auch der deutsche EA-Landesleiter Rigolf Hennig aus Verden die Auflösung bekanntgegeben. »In ihren Organisationsstrukturen« habe sich die EA aufgelöst, sagte Schlimper, weil die »Verbreitung der sieben Ziele« so weit vorangeschritten sei, dass es der Organisation nicht mehr bedürfe. Wichtiges Ziel war der Kampf gegen den Paragraf 130 des Strafgesetzbuches, der Volksverhetzung und die Leugnung von Naziverbrechen unter Strafe stellt. In den Reihen der europaweit aktiven Organisation sammelten sich zahlreiche bekannte Gesichter aus dem Milieu der Holocaust-Leugner\_innen. Die Angst vor einem möglichen Verbot war angeblich nicht der Grund für die Auflösung, obwohl gegen mehrere EA-Anhänger wegen der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« ermittelt wird. → [blick nach rechts](#)

### Bespitzelt vom VS

Für das hessische Landesamt für Verfassungsschutz (VS) ist Silvia Gingold, langjährige Aktivistin der VVN-BdA, eine Verfassungsfeindin. Die Argumentation: Gingold und die VVN-BdA berufen sich auf den Schwur von Buchenwald. Die ehemaligen Häftlinge des NS-Konzentrationslagers hatten im April 1945 geschworen: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung«, und dabei auch im Sinn gehabt, die im Kapitalismus liegenden Ursachen des Faschismus zu bekämpfen. Der hessische VS hatte Gingold überworfen lassen. Als dies aufflog, reichte sie Klage ein. In der Verhandlung am Verwaltungsgericht Kassel Anfang Oktober machten die Beamten aber in ihrer Verteidigung gegen Gingolds Klage erneut klar: Die Berufung auf den Schwur von Buchenwald komme der Ablehnung der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung gleich. Da könne sich Gingold nicht beschweren, wenn ein Spitzel ihre Emails mitlese. Das Gericht hat alle Anträge der Antifaschistin auf Löschung der über sie geführten Verfassungsschutzakte sowie auf Einstellung ihrer geheimdienstlichen Beobachtung abgelehnt. → [DKP News](#)

### Hans-Frankenthal-Preis

Die Stiftung Auschwitz-Komitee verleiht jedes Jahr den Hans-Frankenthal-Preis. In diesem Jahr geht die mit insgesamt 3.000 Euro dotierte Auszeichnung an die Arbeitsgemeinschaft Bund der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten, vertreten durch Margret Hamm, und das Theaterprojekt »Distomo – unbeglichene Schuld(en)«. Die Arbeitsgemeinschaft Bund der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten leistet seit vielen Jahren Arbeit für eine Verfolgtengruppe, deren Stigmatisierung nach 1945 ungebrochen andauert hat. (ak 600) Das Theaterprojekt »Distomo – unbeglichene Schuld(en)« setzt sich mit der immer noch offenen Frage der Entschädigung für deutsche Kriegsverbrechen und mit den Auswirkungen der Besetzung auf die betroffenen Länder auseinander. In Distomo ermordeten deutsche SS-Soldaten am 10. Juni 1944 218 Menschen, nur wenige überlebten und führen bis heute einen Kampf um Anerkennung und Entschädigung. (ak 608) → [www.stiftung-auschwitz-komitee.de](http://www.stiftung-auschwitz-komitee.de)

### Strafe für Pirincci

Sein Auftritt als Pegida-Redner auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise kostet Akif Pirincci 2.700 Euro. Das Amtsgericht Dresden verurteilte den rechten Autor zu einer Geldstrafe wegen Volksverhetzung. Ursprünglich hatte er einen Strafbefehl über rund 12.000 Euro erhalten, gegen diesen aber Einspruch erhoben, sodass es zu einer Verhandlung kam. Pirincci sprach im Oktober 2015 in Dresden bei PEGIDA vor rund 20.000 Menschen in seiner Rede gehalten von einer »Moslem-Müllhalde« in Deutschland und warnte vor einer »Umvolkung«. Weiter bezeichnete Pirincci Geflüchtete als »Invasoren« sowie »künftige Schlachter« Deutschlands. In der Folge kündigten Verlage die Zusammenarbeit mit ihm auf. »Ich bin pleite«, sagte Pirincci und bat um ein mildereres Strafmaß. → [Tagesspiegel](#)

### C Star gestrandet

Eigentlich wollte die extrem rechte Identitäre Bewegung mit der Mission »Defend Europe« und dem Schiff C Star Seenotretter\_innen blockieren. Die lange Irrfahrt endete im Hafen von Barcelona. Laut dem Katalanischen Roten Kreuz wurde die Crew nicht bezahlt und hatte kein Geld, um Treibstoff, Essen oder Wasser zu kaufen. Daher durfte sie Anfang Oktober aus humanitären Gründen anlegen. Ende September habe die Organisation zwei Mal das Schiff versorgt: zunächst mit Wasser, Essen und warmer Kleidung und dann mit 90 Litern Wassern und mehr als 30 Kilo Essen. Die Crew sei komplett aus Sri Lanka und in einem schlimmen gesundheitlichen Zustand. Die internationalen Transportarbeiter-Gewerkschaft ITF sagte dazu: »Diese sogenannte Mission begann als Farce, lief wie eine Farce ab, und nun ist sie als Farce geendet.« → [taz](#)